



Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

## DER STADTUMBAU IN BRANDENBURG TRÄGT ERSTE FRÜCHTE

10.05.2005      Fachinformation

Erstmals seit 1995 gesunkene Leerstandsquote Bei den 230 brandenburgischen Mitgliedsunternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), die zusammen rund die Hälfte aller Mietwohnungen im Land bewirtschaften, lag am Jahresende 2004 die Leerstandsquote bei 14,1 Prozent. Damit konnte erstmals seit 1995 ein Absinken der Leerstandsquote gegenüber dem Vorjahr (14,8%) erreicht werden. Im engeren Verflechtungsraum mit Berlin sank durch die positive Marktentwicklung der Anteil der leer stehenden Wohnungen von 6,9 auf 6,6 Prozent und liegt damit sogar unter dem Vergleichswert der BBU-Mitglieder im Ostteil Berlins. Im äußeren Entwicklungsraum ging die Leerstandsquote von 18,2 auf 17,4 Prozent zurück. „Dieser Erfolg ist einzig den umfangreichen Abrissaktivitäten der BBU-Mitglieder zu verdanken. Allein in 2004 haben sie gut 7.000 nicht mehr benötigte Wohnungen vom Markt genommen.“ sagte BBU-Vorstand Ludwig Burkardt heute auf der Jahrespressekonferenz des Verbandes in Potsdam. Dennoch sei die Zahl der bei diesen Unternehmen leer stehenden Wohnungen gegenüber dem Vorjahr nur um knapp 4.000 (von 59.929 auf 56.035 WE) gesunken. Dies zeige, dass die den Leerstand verursachenden Faktoren nach wie vor weiter wirken. Ohne die Abrissaktivitäten läge die Leerstandsquote im äußeren Entwicklungsraum heute bei fast 20 Prozent. Es sei es zu begrüßen, dass die Landesregierung die für den Stadtumbau wesentlichen Programme im Doppelhaushalt 2005/2006 gegenfinanziert habe, so Burkardt. Dies könne aber nur ein erster Schritt sein: So habe das Landesumweltamt für die Berlin fernen Regionen Brandenburgs bis 2025 einen Bevölkerungsverlust von 320.000 Menschen prognostiziert. Dies bedeute ein Minus von 118.000 Haushalten – zu den landesweit bereits heute leer stehenden 165.000 Wohnungen werde also nochmals eine große Zahl hinzu kommen. Angesichts dessen seien die bisherigen Abrisspläne der Landesregierung (ca. 50.000 Wohnungen) völlig unzureichend, so Burkardt weiter. Bund und Land müssten sich darauf einstellen, dass der Stadtumbau auch über das Ende des Stadtumbau-Programms im Jahr 2009 hinaus ein zentrales Handlungsfeld bleiben werde. Bei der Zukunftsaufgabe, den Leerstand zu beseitigen und die Städte als attraktive Lebensräume zu erhalten, benötigten die Wohnungsunternehmen dauerhaft die Unterstützung von Bund und Land. So sei, wenn ein Stocken des Stadtumbaus in seiner entscheidenden Phase verhindert werden solle, die Hinterlegung der zugesagten Haushalts- mit liquiden Kassenmitteln und deren rasche Auszahlung dringend nötig. Darüber hinaus müssten alle vom Leerstand betroffenen Vermieter in den Stadtumbau und die damit verbundene Förderung einbezogen werden, unabhängig davon, ob sie in 2003 einen Antrag auf Altschuldenentlastung – bislang Voraussetzung für den Bezug von Stadtumbaufördermitteln – stellen konnten. Keinesfalls dürfe die Reformierung des brandenburgischen Fördersystems zur Gleichsetzung der neuen „Zentralen Orte“ mit den Stadtumbau-Städten führen, so Burkardt weiter: Gerade die nicht zentralen Orte seien auf den Stadtumbau und seine Förderung angewiesen. Schließe man sie aus, koppele man ganze Regionen von der Zukunft ab. Dies könne nicht das Interesse der Landesregierung sein. Weitere Themen der Jahrespressekonferenz waren die Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV im Land Brandenburg sowie der Kampf der Vermieter gegen die immer weiter steigenden Gebühren und Preise des Betriebskostenbereichs. Für Nachfragen wenden Sie sich bitte an Michaela Tahl unter Telefon 030/897 81 123 bzw. E-Mail [michaela.tahl@bbu.de](mailto:michaela.tahl@bbu.de). Pressemappe zur Jahrespressekonferenz 2005 in Potsdam, 10.05.2005

